

## **Dr.Hans-Georg Wieck**

### **Das Nordatlantische Bündnis und Russland im 21. Jahrhundert**

**2012**

#### **I. Die Bedeutung des Transatlantischen Bündnisses im globalen Zeitalter**

Am Vorabend der amerikanischen Präsidentschaftswahlen werden im Mai 2012 in Chicago die Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikbündnisses ungeachtet der Rückschläge, die das Bündnis u.a. in Afghanistan erlebt hat, die gegenwärtige und die zukünftige Relevanz der NATO für die internationale Sicherheit beschwören. Bei gleicher Gelegenheit werden im Rahmen des NATO-Russlands-Rat Möglichkeiten und Grenzen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit des Bündnisses mit Russland erörtert werden.

In der Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik unter US-Präsident Obama spielen seit Beginn seiner Präsidentschaft im Jahre 2009 ungeachtet der fortbestehenden Option nationaler Operationen in internationalen Krisen die Möglichkeiten der sicherheits- und vereidigungspolitischen Zusammenarbeit im NATO-Rahmen eine bedeutende Rolle - im Einzelfall auch unter Einschluss von Ländern, die derzeit nicht dem Bündnis angehören. Die multilaterale Komponente der eigenen Sicherheitspolitik würde auch im Falle einer zweiten Amtszeit Obama eine wichtige Konstituante der USA bleiben. Das ist in Verlautbarungen aus dem Weißen Haus stets eine Kernaussage wie am 11. März 2011 mit dem Satz „Der Präsident hat das Bündnis mit Europa von Beginn an zu einer Priorität erklärt.“

Die Relevanz nichtmilitärischer und militärischer Mittel zur Konfliktbewältigung verändert sich, aber auch die Natur der Kampfmittel selbst. Man braucht nur die Stichworte Drohnen und Cyber-War zu erwähnen. Das Problem der Kollateralschäden hat große Bedeutung gewonnen. Militäretats werden nicht nur bei europäischen Allianzmitgliedern gekürzt – auch in den USA. Gleichwohl weitet sich die Thematik auf der Agenda des Bündnisses in alle Teil der Welt aus. Die Allianzgremien müssen sich diesen Themen stellen.

Die USA sehen sich durch das wachsende militärische Potenzial Chinas und die sicherheitspolitisch relevante Zusammenarbeit Beijings mit anderen Staaten im Rahmen des Shanghai-Clubs herausgefordert. Manche erwarten oder fürchten eine sicherheitspolitische Schwerpunktbildung der USA im pazifischen Raum – gefolgt von einer sicherheitspolitischen Abwendung von Europa.

Derartige Besorgnisse scheinen aber angesichts der Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika unbegründet zu sein. Der nah-mittelöstliche Konfliktbogen zwischen dem Mittelmeer und dem Hindukusch verlangt die uneingeschränkte Aufmerksamkeit und das sicherheitspolitische Engagement der USA und der Allianzpartner – jetzt und noch für sehr lange Zeit. Das Zeitalter des Ost-West-Konflikts gehört der Vergangenheit an. Das Nordatlantische Bündnis erfüllt nun in der globalen Welt eine wichtige, eine unverzichtbare transatlantische Klammerfunktion zwischen Nordamerika und Europa. Die der Europäischen Union eigenen Planungs- und Führungs-Kapazitäten sind derzeit begrenzt - gewiss noch auf längere Zeit. NATO verfügt als einzige internationale sicherheits- und vereidigungspolitisch relevante Organisation über eingespielte, weltweit einsetzbare Planungs- und Führungskapazitäten, die für die Umsetzung von Mandaten des VN-Sicherheitsrates unerlässlich sind.

Das Konzept des Nordatlantischen Bündnisses, das auf eine über fünfzigjährige Geschichte mit vielen Formen integrierter Stäbe und integrierter Verbänden zurückschauen kann, erscheint manchen Beobachter in einer genuin multipolaren Vorstellung der Welt als ein Anachronismus oder als Störfaktor – ein Hecht im Karpfenteich. Andererseits haben die Vereinigten Staaten mit der eigenen Abwendung vom Nordatlantischen Bündnis unter Bush jun. und mit der selbst entwickelten Perzeption einer jeweiligen Allianz der Willigen außerhalb des Bündnisses Schiffbruch erlitten (Irak). Problembezogene Konsultationen innerhalb des Bündnisses und der Bündnispartner mit anderen Ländern erscheinen perspektivisch als erfolgsversprechender als solche der USA allein mit einzelnen Ländern innerhalb und außerhalb des Bündnisses.

In den vergangenen beiden Jahrzehnten spielten die Erfahrung, das Erlebnis und die Alpträume des abgrundtiefen Ost-West-Konfliktes (1945-1990) noch eine prägende Bedeutung und bestimmten in vielen Diskussionen um neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Bündnis und Russland die Agenda. Die tradierten Befürchtungen – Rückfall

Russlands in traditionelle Expansions- und Dominanzpolitik – fanden sich durch neue sicherheitspolitische Vorstellungen Moskaus bestätigt, im unmittelbaren geographischen Umfeld legitime Sicherheitsinteressen auch offensiv wahrnehmen zu wollen. Diese Zone entstand in der Vorstellungen der russischen Strategen nach der Auflösung der Sowjetunion und wird von den Moskauer strategischen Planern als ein natürliches Glacis der eigenen Großmachtstellung angesehen - seien es die südkaukasischen Staaten, sei es das Baltikum, oder sei es die von der Ukraine, Belarus und von Moldowa gebildete Zwischenzone zwischen der Europäischen Union und Russland.

Der Ost-West-Konflikt drehte sich demgegenüber, daran sei erinnert, nicht um diese sich aus der Auflösung der Sowjetunion herauschälende Zone, sondern um die ideologische und militärische, also machtpolitische Herausforderung der von den westlichen Demokratien geprägten Weltordnung durch die „sowjetische Internationale“ und um den Schutz Europas gegen einen befürchteten sowjetischen militärischen Angriff, für den ein ausreichendes Militärpotenzial im sowjetischen Vorfeld, also in den Ländern des Warschauer Pakts zusammen mit anderen Armeen der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts einsatzbereit zur Verfügung stand

Die Europäische Union - geprägt von der Idee Europas, wie sie in den Römischen Verträgen von 1957 vertragliche Ausformung erfuhr- eröffnet nicht nur für die Völker auf dem Balkan, sondern auch den osteuropäischen und kaukasischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion die Perspektive der politischen und wirtschaftliche Assimilierung an die Europäische Union, also eine Zukunft ohne einen Moskauer Zuchtmeister. Das Konzept der Europäischen Integration ist nicht primär ein Produkt des Kalten Krieges, sondern eine strategische, philosophische und ethische Schlussfolgerung aus der äußerst tragischen Epoche der imperialen Nationalismen Europas im 19. und 20. Jahrhundert. Heute ist die Europäische Union eine Idee und eine Realität, deren weitere Ausformung dem geschichtlichen Prozess vorbehalten ist.

## **II. Moskaus Selbstverständnis auf der internationalen Bühne**

Moskau und Beijing haben eine jeweils eigenwillige Sicherheitsagenda, die eine Kooperation mit dem Atlantischen Bündnis bzw. den USA und Europa nicht ausschließt, aber eine institutionelle Einbindung in eine atlantische Doktrin grundsätzlich nicht ins Auge fasst. Beide Länder lassen sich von einer multilateralen sicherheitspolitischen Architektur der Welt

mit eigenständigen Gewichten Chinas und Russlands leiten. Die Zusammenarbeit mit dem Nordatlantischen Bündnis kann bei Gelegenheit nützlich sein, ebenso in und mit der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).“ Die russischen Streitkräfte befinden sich in einem schwierigen Transformationsprozess mit derzeit und auf längere Sicht eingeschränkten Operationsfähigkeiten im konventionellen Bereich. Im Rüstungsbereich greift Moskau zunehmend auf Kooperationen mit westlichen Rüstungsfirmen zurück. China arbeitet an der Erweiterung seiner militärischen Handlungsfähigkeit und kauft in beschränktem Umfang russisches Gerät. Westliche Rüstungspartner gibt es derzeit nicht für Beijing.

Moskau und Beijing betreiben aktiv Wirtschaftsspionage im Westen.

Der Taipeh-Faktor stellt ein irrationales Element in den chinesisch-US-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen dar – ergänzt um die Nordkorea-Problematik.

Die Gorbatschow-Reformen der achtziger Jahre sollten das antagonistische strategische Verhältnis der Sowjetunion zu den USA auflösen und durch vertraglich geregelte Sicherheitsregelungen ablösen – gestützt auf militärische Defensivstrategien. Den während der großen ideologischen und militärischen Konfrontation mit der Sowjetunion in sicherheitspolitischer Hinsicht von den USA abhängigen europäischen Staaten und den Vasallenstaaten des Moskauer Herrschaftsraums in Ostmitteleuropa wuchs mit diesem von Moskau angestoßenen Paradigmenwechsel sicherheitspolitische Handlungsfreiheit zu. Der Warschauer Pakt wurde zur Makulatur, während die Mitgliedschaft im Nordatlantik-Bündnis von den Ländern Ost- und Mitteleuropas, aber auch von einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion angestrebt wurde und wird - als Versicherung für den Fall eines neo-imperialen Kurses Russlands - dem zentralen Nachfolgestaat der Sowjetunion und des zaristischen Kaiserreichs.

Zwar konnte man in Moskau den USA im Besonderen oder dem Westen im Allgemeinen nicht vorwerfen, den Zusammenbruch der Sowjetunion herbeigeführt zu haben, aber uneingeschränkt werfen die Vordenker und Strategen des neo-nationalen Kurses von Putin in Russland den USA, dem Westen vor, mit seinen Ratschlägen für die überstürzte Privatisierung des sowjetischen Wirtschafts-Kolosses – also der Staatsunternehmen – und für die forcierte Umwandlung des autoritär verfassten sowjetischen Staates und seiner Staatsorgane sowie der Nachfolgestaaten in pluralistische demokratische Ordnungen das aus

der Katastrophe hervorgegangene Russland schwächen zu wollen und zu Befehlsempfängern Washingtons und Brüssels zu machen. Die heutige politische Elite Moskaus sieht in dem Konzept demokratischer Reformen eine „strategische Waffe“ in der Hand der USA und der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund hat sich ein russischer Staat entwickelt, der – wie die Sowjetunion - seine Wirtschaftskraft primär aus der Nutzung von Rohstoffen (Erdöl, Erdgas, Edelmetalle) schöpft und der sich nur marginal auf eine international wettbewerbsfähige industrielle Basis abstützen kann. Wegen der multinationalen Zusammensetzung der Bevölkerung – allerdings mit einer dominanten russischen Rolle (110 Millionen von 140 Millionen Bürgern) - hat das autoritäre Regime die Entwicklung eines genuin föderalen Systems im Keim erstickt.

Das System Putin fährt fort, das Land mit der zivilisatorisch dominierenden russischen Komponente zu regieren, die sich heute wieder auf das enge Bündnis mit der Russisch-Orthodoxen Kirche abstützt. Die Kirche versteht sich als Märtyrer-Kirche im atheistischen sowjetischen Staat und historisch betrachtet als Dienerin des christlichen Zarenhauses. Sie hat sich in dem nun säkularen Staat als die christlich verwurzelte moralische Regenerationskraft etabliert, die um die Überlebensfähigkeit des russischen Volks besorgt ist, das unter der kommunistischen Herrschaft vielfältig gelitten hat. Neue Lehreinrichtungen (Religionslehrer-Ausbildung, Universität, Theologische Ausbildung) wurden geschaffen. Problematisch sind die Vorstellungen der Kirche zur Stellung der Frau in der Kirche und in der heutigen Gesellschaft – und die moralische-theologische Rechtfertigung der Todesstrafe im christlichen Geiste. „Frei-Kirchler“, also Missionare aus westlichen Ländern und der Islam werden als Gefahrenquellen für das russische Volk und seinen Bestand angesehen. Die Haltung der Kirche zu Fragen der sozialen und gesellschaftlichen Ordnung ist in einer Sozialethik aus dem Jahr 2000 und einem Prinzipien-Dokument aus dem Jahr 2008 niedergelegt worden. In den Dokumenten wird erkennbar, dass die Verfasser durchaus auch eine Verpflichtung sehen, kritisch mit der säkularen Staatlichkeit umzugehen. In der jüngsten Demokratisierungsbewegung Russlands, die sich in der Konfrontation mit den Herrschaftsmethoden Putins/Medwedews manifestierte, gab es aber nur schwache Sympathiekundgebungen aus der Russisch Orthodoxen Kirche für diesen Aufbruch an der gesellschaftlichen Basis.

Die Russisch Orthodoxe Kirche hat ihr Verhältnis zur Katholischen Kirche angesichts der gemeinsamen Sorgen um die Verfolgung der Kirchen im islamischen Herrschaftsraum im konstruktiven Sinne überarbeitet, ohne dass es zur Beilegung der zwischen den beiden Kirchen bestehenden offenen konstitutionellen Fragen gekommen wäre. Das Verhältnis der Russisch-Orthodoxen Kirche zu den Evangelischen Kirchen hat sich merklich abgekühlt (Stellung der Frauen, Heterosexualität).

Die Komplexität der neuen russischen Staatlichkeit ist nicht mehr nur als eine Reaktion auf westliche Einflüsse einzuordnen, wie es nach den Jelzin-Jahren der Fall gewesen zu sein schien. Die neue Staatlichkeit ist eine von geschichtlichen Wurzeln geprägte politische Sozialordnung, die in der sowjetischen Zeit verdrängt oder ins Abstrakte einer sowjetischen Identität überführt worden war und nun einen formal demokratischen, der Substanz nach aber autoritären Staat anstrebt, in dessen Hand die Verantwortung für den Erhalt des russischen Volkes, die Gewährleistung des sozialen Friedens und die Modernisierung der Wirtschaft gelegt sind. Die Staatsverwaltung rekrutiert sich über die staatlich geförderten gesellschaftlichen Strukturen. Der FSB, der geheime Inlandsnachrichtendienst, stellt die einzige vertikal und horizontal bestehende innere Verwaltungsstruktur dar, die umfassende Personal- und Sachkenntnisse für alle Teile Russlands besitzt und mit dem Ziel der Kontrolle einsetzt. Sie ist das wichtigste interne Sicherheitsorgan. So lassen sich ausländische Einflüsse kanalisieren und unabhängige Komponenten von Medien, Wissenschaften, Kultur und Politik eindämmen. Dieses „harmonische“ Bild von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Kirche wird durch die Korruption korrumpiert, die grassiert und unabhängiger Gerichtsbarkeit unmöglich macht. Die Manifestationen des Protestes vor den Wahlen und danach – vor allem gegen den Ämter-schacher Putin-Medwedew - zeigen die Existenz der Opposition gegen den korrumpierten Staat an. Die Frage steht im Raum, wann dieser Protest auf nationaler Ebene politisch relevant wird.

Russland ist eine europäisch geprägte Macht mit interkontinentalen territorialen Ausmaßen und damit auch interkontinentalen sicherheitspolitischen Problemen. Die aus der Geschichte als Konflikt belastet anzusehende Grenze mit China ist mehrere tausend Kilometer lang. Die geschichtlich gewachsene Nachbarschaft zur islamischen Kultur und Sprache wirkt täglich auf Russland ein und wird als Bedrohung wahrgenommen. Mit den USA ist Russland als konkurrierende strategische Nuklearmacht verbunden – in Verantwortung und Konkurrenz,

mit Europa durch Geschichte und Wirtschaft - letzteres allerdings in Konkurrenz zu und mit dem Wirtschaftspotenzial Chinas sowie Südkoreas und Japans.

Die strategische Rivalität USA-Russland wird durch die bestehenden und immer wieder zu ergänzenden strategischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen gebündelt. Kooperationen zwischen den USA und Russland bzw. zwischen NATO und Russland in anderen Bereichen und Regionen sind von spezifischen Interessen bestimmt und werden nicht um ihrer selbst willen angestrebt. Vertrauensbildung steht nicht hoch auf der Agenda – außer im strategischen Nuklear-Bereich.

Auch wenn es nicht zu einer Verständigung über die im Aufbau befindlichen Raketen-Abwehr-Systeme kommen sollte, bleibt die Option der sicherheitspolitischen Kooperation gegenüber sich abzeichnenden Gefahren, die gleichermaßen von NATO und Russland wahrgenommen werden, möglich und kann zweckmäßig sein. Der Kampf gegen den international auftretenden islamistischen Terrorismus ist ein Beispiel dafür.

Die Interessenlage des „Westens“ und Moskaus bei einer Reihe nah- und mittelöstlichen Konfliktsituationen weist deutliche Unterschiede aus:

Der „Arabische Frühling“ erscheint Moskau als eine neue Bedrohung.

In Syrien hat Moskau handfeste militärische Interessen (Marine-Basis).

In Afghanistan hatte Moskau – ungeachtet der demonstrierten Kooperationsbereitschaft im Anti-Terrorismus-Kampf - von allem Anfang an starke Zweifel an den Erfolgsaussichten der westlichen Militär-Invasion - ganz zu schweigen von den Chancen westlicher Vorstellungen für die Reform der afghanischen Gesellschaft.

Im Irak-Konflikt und im Iran, auch im Mittelmeer und im Schwarzen Meer bestehen Interessengegensätze, die nicht im NATO-Russland-Rat behoben werden können.

Die Europäische Union hat ihre Vorstellungen über Zusammenarbeit bei der demokratischen Transformation und dem wirtschaftlichen Aufbau Russlands, die vertraglich gesicherte Zusammenarbeit im Energiebereich und auf anderen Feldern nicht durchsetzen können. Das Kooperations- und Partnerschaftsabkommen von 1997 ist eine leere Hülle geblieben. Es verlängert sich automatisch auf jährlicher Basis, da es in den zurückliegenden Jahren nicht gelang, ein zukunftsweisendes neues Kooperations- und Partnerschaftsabkommen

auszuhandeln. Die Aufrechterhaltung der Beziehungen ist zum Selbstzweck oder zum Ausdruck der Langzeitperspektive geworden.

Moskau beobachtet die Umsetzung des Abkommens der Europäischen Union mit den sechs Ländern der „Östlichen Partnerschaft“ (Belarus, Moldowa, Ukraine, Aserbaidshan, Armenien und Georgien) mit Misstrauen. In den anderen Europäischen Institutionen – der OSZE – Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa - und im Europarat - sieht es nicht besser aus. Das offizielle Russland, auch das parlamentarische hat sich auf Distanz zum europäischen Wertekatalog begeben. Das muss nicht so bleiben. In Russland hat sich eine Zivilgesellschaft entwickelt, die in den europäischen Werten auch die Grundlage der zukünftigen russischen Gesellschaftsordnung sieht.

Berlin, März 2012